

BÖHMER AKTUELL EXTRA

Ihr Infobrief aus Berlin



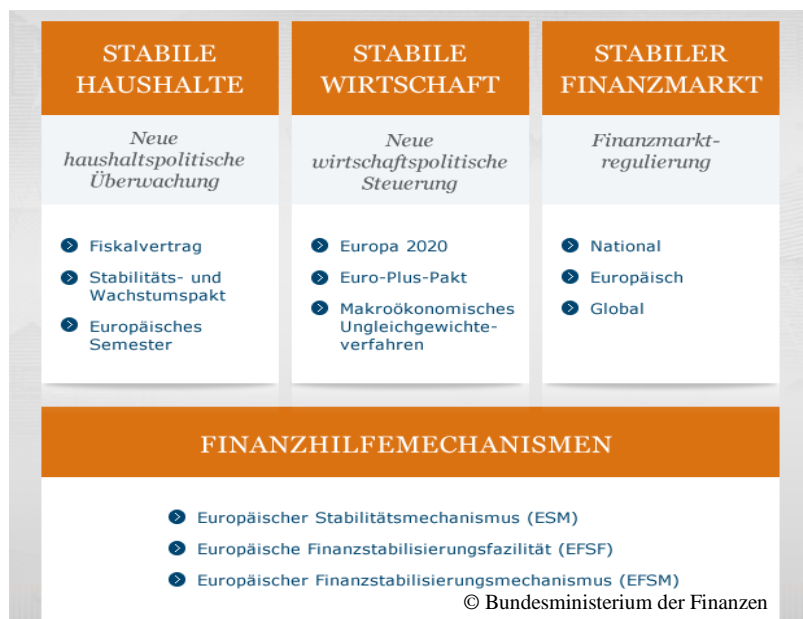
Nr. 07 | 25.06.2012

ALTERNATIVLOS? *schwierige Entscheidungen in Berlin*

In der Debatte um die Euro-Rettung taucht häufig das Wort ‚alternativlos‘ auf. Ich bin bei diesem Begriff skeptisch, denn natürlich gibt es zu jeder Entscheidung Alternativen. Jedoch müssen die Folgen aller Alternativen mitbedacht werden. Wir befinden uns derzeit in der schwierigen Situation, dass jede Entscheidung, die wir treffen, Geld kosten wird und Risiken in sich birgt. Auch das Nichtstun gibt es nicht zum Nulltarif. Daher müssen wir uns die Frage stellen: Welche Maßnahmen werden am wenigsten Geld kosten? Vor allem aber, mit welchen Folgen für den Euro, für die wirtschaftliche Situation in Deutschland müssen wir rechnen? Jeder, der hier die einfache, perfekte und vielleicht gar kostenneutrale Lösung präsentiert, ist entweder unwissend oder schlicht unredlich. Für mich gilt: Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile, nach Sichtung aller Argumente und in Anbetracht der komplexen Zusammenhänge stehe ich zu den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen. Diese möchte ich Ihnen im Folgenden erläutern:

Die drei Säulen der Euro-Stabilisierung

Die Euro-Stabilisierung und die damit verbundenen Maßnahmen stehen auf drei Säulen. Zum ersten ist es wichtig, die Haushalte zu konsolidieren. Zum zweiten brauchen wir Wachstum. Zum dritten braucht es eine verstärkte Regulierung der Finanzmärkte. Getragen werden diese Säulen von Finanzhilfemechanismen für angeschlagene Staaten.



**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe CDU-Freunde,**

letzte Woche haben die Griechen ein neues Parlament gewählt. Die Regierungsbildung ging schnell voran. Die neuen Regierungspartner stehen grundsätzlich hinter den Reformbemühungen und den Auflagen der Troika aus EU, EZB und IWF.

Diese Woche wird der Deutsche Bundestag über den Fiskalpakt und den dauerhaften Rettungsschirm ESM entscheiden. Diese Instrumente sind die unverzichtbaren Leitplanken für die weitere Entwicklung Europas. Die Einigung zwischen Regierung und Opposition war hierfür ein wichtiger Schritt.

Die Zeiten in Europa halten und alle in Atem. Ständig müssen Regierungen und Parlamente wichtige Entscheidungen treffen. Viele Menschen haben dabei den Eindruck, den Überblick zu verlieren und blicken sorgenvoll auf die Entwicklung in Europa.

Ich möchte diese Extra-Ausgabe meines Newsletters nutzen, um Sie über die beschlossenen Maßnahmen zu informieren.

**Herzliche Grüße
Ihre Maria Böhmer**

BÖHMER AKTUELL EXTRA

Ihr Infobrief aus Berlin



1. Säule: Stabile Haushalte

Der **Fiskalvertrag** sieht nationale Schuldenbremsen nach dem Vorbild Deutschlands vor. Außerdem wird es eine bessere Überwachung der Konsolidierungsbemühungen geben. Wichtiger Bestandteil dieses Paktes ist die quasiautomatische Einleitung von Defizitverfahren gegen solche Staaten, die gegen den Fiskalvertrag verstoßen. Dies ist eine entscheidende Lehre, die wir aus der Vergangenheit gezogen haben.

Ebenfalls sind Erfahrungen aus der Vergangenheit in die Reform des **Stabilitäts- und Wachstumspakts** geflossen. Hier werden klare Vorgaben gemacht, wie die Neuverschuldung der einzelnen Mitgliedsstaaten sukzessive zurückgefahren wird.

Das **Europäische Semester** dient der besseren Koordinierung und Durchsetzung notwendiger finanz- und wirtschaftspolitischer Reformen. Von europäischer Ebene wird die Situation in den einzelnen Ländern intensiver beobachtet, sodass bei Fehlentwicklungen bereits im Vorfeld agiert werden kann.



2. Säule: Stabile Wirtschaft

Die schwarz-gelbe Bundesregierung unter unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es vorgemacht, wie Haushaltskonsolidierung mit der Stärkung nachhaltigen Wachstums verbunden werden kann. Dies ist ein zentraler Grund dafür, warum die Bundesrepublik besser als viele andere Staaten dasteht. Das heißt, dass auch die übrigen Staaten in Europa neben dem Abbau der Staatsverschuldung Wachstum fördern müssen. Die verabredeten Maßnahmen zielen auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Koordinierung der Wirtschaftspolitik innerhalb Europas ab. Vergangene Woche haben sich bei uns in Deutschland Bundesregierung und Opposition auf einen Wachstumspakt für Europa geeinigt. Es muss uns gelingen, die Wirtschaft zu stärken und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Das Ringen um stabile Haushalte wird dafür sorgen, dass dies alles nicht schuldenfinanziert geschehen wird.

3. Säule: Stabiler Finanzmarkt

Es waren auch Exzesse an den internationalen Finanzmärkten, die uns in die heutige Situation geführt haben. Eine Regulierung dieser Märkte ist unabdingbar. Wir in Deutschland sind hier bereits entscheidende Schritte gegangen und haben maßgeblich Einfluss auf europäische Regelungen genommen. Als Beispiele seien genannt: Verbot von Leerverkäufen, höhere Eigenkapitalanforderungen, Einführung der Bankenabgabe und eines Insolvenzverfahrens für Banken, Regulierung der Managervergütung. Dies sind bereits wichtige Schritte, jedoch müssen wir diesen Weg weitergehen. Die CDU fordert bereits länger die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Es war wichtig, dass wir hier letzte Woche zwischen Bundesregierung und Opposition Einigkeit erzielt haben. Ich bin überzeugt, dass wir auch auf europäischer und globaler Ebene zu weiteren Ergebnissen kommen werden.



Finanzhilfemechanismen

Die sogenannten Rettungsschirme sind wohl die umstrittensten Maßnahmen bei der Euro-Stabilisierung. Wir müssen jedoch anerkennen, dass wir Staaten in Europa haben, die auf Solidarität angewiesen sind. Wir haben die Wahl die Solidarität aufzukündigen oder diesen Staaten zu helfen. Als Europa-Partei hat die CDU auch eine historische Verpflichtung, für ein starkes Europa einzustehen. Aber eines ist klar: Solidarität wird es nur unter Bedingungen und klar formulierten Auflagen geben. Hierzu gehören etwa die Umsetzung des Fiskalpakts oder die jeweils auf den entsprechenden Staat konkret zugeschnittenen Reformauflagen. ESM und Fiskalpakt gehören unabdingbar zusammen. Außerdem bleibt es dabei, dass auch die privaten Gläubiger an den Rettungsmaßnahmen beteiligt werden. Der Schuldenschnitt im Falle Griechenlands ist dabei ein wichtiges und leider zu wenig wahrgenommenes Signal.

Umfangreiche und gut verständliche Informationen finden Sie in den Euro-Themenbereichen auf www.bundesfinanzministerium.de und www.bundesregierung.de.